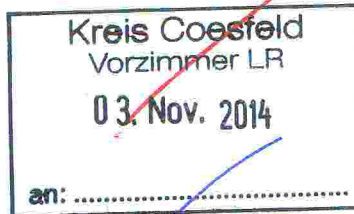


Deutscher Gewerkschaftsbund
Kreisverband Coesfeld

DGB-Region Münsterland | Johann-Krane-Weg 16 | 48149 Münster

Kreis Coesfeld
Herrn Landrat Konrad Püning
Friedrich-Ebert-Str. 7
48653 Coesfeld



Anregung nach § 21 der Kreisordnung für das Land NRW (KrO NRW)
Hier: Freihandelsabkommen (TTIP, TiSa und CETA)

30. Oktober 2014

Sehr geehrter Herr Landrat Püning,

gemäß § 21 der Kreisordnung für das Land NRW hat jeder das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Anregungen oder Beschwerden in Angelegenheiten des Kreises an den Kreistag zu wenden.

Jeder hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft in Angelegenheiten der Gemeinde, des Kreises an den Rat, bzw. den Kreistag zu wenden. „Jeder“ heißt, dass wirklich jeder dieses Instrument der direkten Demokratie nutzen darf. Man muss weder Bürger noch Einwohner der Gemeinde (deren Anliegen behandelt werden soll) sein und benötigt auch nicht die deutsche Staatsbürgerschaft.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) Kreisverband Coesfeld regt nachfolgendes an:

- 1) Der Kreistag, des Kreises Coesfeld, richtet eine ständige Kommission als Arbeitsgruppe ein, die Bürgerinnen und Bürger des Kreises Coesfeld über die jeweils aktuellen Entwicklungen zu den Freihandelsabkommen, TTIP, TiSa und CETA informiert.
- 2) Die Kommission soll mit je einem Vertreter/ einer Vertreterin je Kreistagsfraktion sowie einem verantwortlichen Dezernenten besetzt sein.
- 3) In dieser Kommission sollen weitere gesellschaftlich relevante Gruppen, Handwerkskammer, IHK, DGB, Wohlfahrtsverbände, Natur- und Umweltorganisationen, usw. vertreten sein.
- 4) Über diesen Antrag soll, in namentlicher Abstimmung, in der nächsten Sitzung des Kreistages Coesfeld entschieden werden.

Begründung:

Der DGB und die in ihm zusammengeschlossenen Gewerkschaften im Kreis Coesfeld, haben große Sorge, dass durch diese Freihandelsabkommen, der Wirtschaft im Kreis Coesfeld, dem Kreis, den Städten und Gemeinden sowie auch vielen auch sozial tätigen Einrichtungen, schwerer wirtschaftlicher Schaden zugefügt wird. Dieses betrifft nicht nur Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in ihren Rechten, auch die kommunale Finanzwirtschaft sowie unsere sozialen Sicherungssysteme werden davon betroffen sein.

Die im Kreistag vertretenen Fraktionen haben die Interessen des Kreises Coesfeld zu vertreten. Hierzu gehört es, sich mit den äußeren wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen vertraut zu machen und sich auf die künftigen Herausforderungen einzustellen, um Schaden von den Bürgerinnen und Bürger der Gemeinden und Städten im Kreis Coesfeld im Kreis Coesfeld abwenden zu können.

Im Kreis Coesfeld, sind immerhin 215.282 (Quelle: IT.NRW, Stand 31.12.2013) Bürgerinnen und Bürger von diesen Freihandelsabkommen als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie als Gewerbetreibende und Dienstleister betroffen.

Der Gestaltungsspielraum der Kreispolitik wird generell eingeengt, da bei künftigen Gesetzen oder Verordnungen, die irgendwie Auswirkungen auf die Tätigkeit der Investoren haben, vorab die Zustimmung der beiden Vertragspartner bzw. einer von ihnen ernannten Kommission eingeholt werden müssen. Ansonsten können auch hier hohe Schadensersatzforderungen fällig werden.

Die in den Freihandelsabkommen (TTIP, CETA u. TiSa) vorgesehenen Schiedsgerichts-Verfahren im Rahmen der Investitionsschutzklauseln höhlen die Demokratie und den Rechtsstaat aus.

Daher stellen wir fest:

- Das uns bisher bekannte Vertragswerk steht nicht im Einklang mit unserer Verfassung, denn die vorgesehenen Schiedsgerichts-Verfahren sind mit unserem Rechtssystem nicht vereinbar.
- Sie sind keine ordentlichen Gerichte und erfüllen keine Kriterien unseres Rechtssystems wie Transparenz und Öffentlichkeit.
- Die kommunale Daseinsvorsorge wie z. B. Wasserversorgung, Abwasser, Rettungswesen, u.v.a.m. ist davon betroffen.

Die namentliche Abstimmung soll erfolgen, um Demokratie transparent erfahrbar zu machen. Wir halten ein solches Verfahren, angesichts der bisherigen geheimen Vorgehensweise auf Bundesebene bei den hier in Rede stehenden Freihandelsabkommen, für angemessen.

Wir haben in unserer Anregung bewusst eine ständige Kommission eingefordert. Diese ständige Kommission, soll die weiteren Schritte, auch zukünftiger Handelsabkommen auf mögliche Auswirkungen beraten und begleiten.

Die Zuständigkeit der Kreispolitik ist gegeben! Alle Bürgerinnen und Bürger des Kreises Coesfeld, werden in sehr unterschiedlichen Auswirkungen dieses zu spüren bekommen.

Wir würden es sehr begrüßen, wenn in dieser Angelegenheit auch mit den im Kreis Coesfeld gewählten Bundestags- und Landtagsabgeordneten besprochen und weitere Schritte beraten werden könnten. Auch eine Teilnahme in der ständigen Kommission wäre wünschenswert.

Bitte, leiten Sie den im Kreistag von Coesfeld vertretenen Fraktionen, im Wege der Verwaltungsvereinfachung, jeweils eine Kopie dieser Anregung zu und bitte Sie, den Vorgang in die entsprechenden Wege zu leiten.

Beste Grüße und Glück auf

Ihr

Ortwin Bickhove-Swidorski